

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Agnes Krumwiede, Stephan Kühn, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/2760 –

Zukunft des Humboldtforums

Vorbemerkung der Fragesteller

In den Jahren 2002 und 2003 stimmte der Deutsche Bundestag für die Empfehlung der Kommission „Historische Mitte Berlin“, am ursprünglichen Schlossplatz und einstigen Standort des „Palastes der Republik“ das Berliner Schloss zu rekonstruieren und darin das Humboldtforum einzurichten.

Am 12. Februar 2007 bestätigte der Deutsche Bundestag diesen Beschluss im Zuge eines Antrags der damaligen Koalition aus CDU/CSU und SPD und beauftragte die Große Koalition mit seiner Umsetzung.

Auch die amtierende schwarz-gelbe Bundesregierung vereinbarte in ihrem Koalitionsvertrag vom Oktober 2009, den Bundestagsbeschluss zum Bau des Humboldtforums zu realisieren. Mit dem Humboldtforum solle – nach Angaben der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, welche für die inhaltliche Konzeption des Humboldtforums zuständig ist – ein Forum der Kunst, der Kultur und der Wissenschaft entstehen, das sich dem „Dialog der Kulturen der Welt“ widmet.

An Gesamtprojektkosten sind nach Schätzungen aus dem Jahr 2007 552 Mio. Euro veranschlagt. Demnach sollten 80 Mio. Euro zur Rekonstruktion der historischen Fassaden durch Spenden erbracht werden. 440 Mio. Euro müssten aus dem Etat für Verkehr, Bau und Wohnen und 32 Mio. Euro vom Land Berlin aufgebracht werden.

Im Rahmen der vom Kabinett am 7. Juni 2010 verabschiedeten Sparmaßnahmen hat die Bundesregierung beschlossen, bis zum Jahr 2014 keine Haushaltsmittel für das Projekt bereitzustellen und den für Mitte 2011 geplanten Baubeginn auf das Jahr 2014 zu verschieben. Zwei Tage nach der Sparklausur ging der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, laut „DER TAGESSPIEGEL“ vom 8. Juni 2010 jedoch wieder auf Abstand zu der Entscheidung und stellte den Baubeginn für das Jahr 2013 in Aussicht.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, kündigte im Rahmen der Kulturausschusssitzung vom 9. Juni 2010 an, dass er an dem Projekt festhalten wolle. Die mit der Ausgestaltung des „Humboldtforums“ beauftragte Stiftung Preußischer Kulturbesitz, liegt im Zuständigkeitsbereich des Kulturstaatsministers.

Die Rekonstruktion des Berliner Schlosses stößt bei einer Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung. In einer Forsa-Umfrage im Auftrag der „Berliner Zeitung“ sprachen sich im Mai dieses Jahres 80 Prozent der Berliner Bürgerinnen und Bürger gegen den Wiederaufbau des Schlosses aus.

Nebenschauplatz der „Stadtschloss-Debatte“ sind die in Dahlem auf engem Raum beherbergten Sammlungen außereuropäischer Kunst und Kultur des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst, welche nach dessen Fertigstellung im Berliner Schloss untergebracht werden sollten. Diese Kunstschatze benötigen dringend eine geeignete, temperierte Lagerung. Sollte sich ein Umzug der Dahlemer Kunstsammlungen bis 2022 verzögern, wären weitere Renovierungsmaßnahmen notwendig, um die Funktionalität der Räumlichkeiten in Dahlem sicherzustellen. „Je länger sich der Umzug der Sammlungen ins Stadtschloss hinzieht, desto mehr Sanierungsmaßnahmen werden in Dahlem notwendig sein“ erläuterte Prof. Hermann Parzinger, der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, bei seinem Besuch der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 9. Juni 2010.

1. Wie hoch ist die aktuelle Baukostenschätzung nach der Berechnung des Entwurfs von Franco Stella?

Die für den Bau verantwortliche Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum wird Anfang 2011 eine aktuelle Kostenberechnung im Zuge der Aufstellung der Entwurfsunterlage-Bau vorstellen.

2. Welchen Termin für den Baubeginn für das Berliner Schloss strebt die Bundesregierung derzeit verbindlich an?

In den Jahren 2012/2013 sollen sämtliche bauvorbereitende Maßnahmen abgeschlossen werden. Die Bundesregierung strebt an, den Bau in vollem Umfang ab 2014 durchzuführen.

3. Wäre 2011 der Baubeginn des Humboldtforums überhaupt möglich gewesen oder wäre nur ein symbolischer Spatenstich erfolgt?

Ein Baubeginn im Jahr 2011 wäre möglich gewesen.

4. Aus welchen vorvertraglichen und vertraglichen Pflichten entstehen der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2012 aufgrund des verschobenen Baubeginns des Berliner Schlosses Kosten, und wie hoch werden diese eingeschätzt?

Durch vertragliche Verpflichtungen zur Erbringung der Planungsleistungen für die Baumaßnahme Berliner Schloss – Humboldtforum haben die freischaffend tätigen Architektur- und Ingenieurbüros Ansprüche auf Zahlung der beauftragten Leistungen.

Im geltenden Haushaltsplan 2010 sind in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 45 Mio. Euro veranschlagt und stehen zum Ausgleich aller eingegangenen Verpflichtungen, ggf. einschließlich der Folgejahre, zur Verfügung. In 2010 besteht ein Mittelbedarf in Höhe von 14 Mio. Euro zur Fortführung der vertraglich gebundenen Planung.

Aufgrund des Eckpunkte-Beschlusses der Bundesregierung vom 7. Juni 2010 zur weiteren Aufstellung des Haushaltentwurfs 2011 werden in den Jahren 2011 bis 2013 darüber hinaus keine weiteren Mittel angesetzt.

5. Wie hoch werden die Mehrkosten für den Bau des Humboldtforums aufgrund der Bauverzögerung sein?

Da Planung und bauvorbereitende Maßnahmen (Bodenverdichtung) in den Jahren 2011 bis 2013 aus wirtschaftlichen und technischen Gründen fortgeführt werden, sind Mehrkosten (mit Ausnahme der Preisindexentwicklung) aufgrund des Eckpunkte-Beschlusses der Bundesregierung nicht zu erwarten.

Der Projektfortschritt ist durch vorhandene Restmittel des Bundes und durch den Finanzanteil des Landes Berlin gewährleistet. Neue Finanzmittel des Bundes werden von 2011 bis 2013 nicht eingesetzt.

6. Welche Auswirkungen haben die Bauverzögerungen auf den Bau der U-Bahn-Linie 5?

Noch vor dem Bau der U-Bahn-Röhren wird bereits im Jahr 2012 aus technischen und wirtschaftlichen Gründen die Verdichtung des Baugrundes in den betroffenen Bereichen der Trasse erforderlich. Terminliche Verzögerungen für den Bau der U-Bahn-Linie ergeben sich nicht.

Im Falle eines Baubeginns des Humboldtforums erst nach Herstellung der Tunnelröhren (z. B. in 2014) würde eine baukonstruktiv aufwändige Tiefgründung mit einer Brückenbauwerkkonstruktion oberhalb der Tunnelröhren bis zu 30 Mio. Euro Mehrkosten verursachen.

7. Wie hoch werden die Unterhalts- und Sanierungskosten für die Dahlemer Museen pro Jahr eingeschätzt, um eine funktionsgerechte Lagerung der dort untergebrachten außereuropäischen Kunstsammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst zu gewährleisten?

Neben den baulichen Maßnahmen zum Funktionserhalt der Museen in Dahlem in den Jahren 2007 bis 2012 mit einem Umfang von rd. 16,5 Mio. Euro, werden jährlich derzeit bis zu 100 000 Euro für Bauunterhaltungsmaßnahmen aufgewendet. Für die Depots des Museums für Asiatische Kunst und des Ethnologischen Museums sind Neubauten auf einem der Stiftung zur Verfügung stehenden Depotgelände in Berlin-Friedrichshagen in der Planung.

8. Ist geplant, für die Sanierung der Dahlemer Museen für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz vorgesehene Gelder aus dem Kulturhaushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, zu verwenden?

Alle für Baumaßnahmen in den Dahlemer Museen aufzuwendende Mittel sind im Bauhaushalt der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu veranschlagen, der ausschließlich aus den im Einzelplan des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien etatisierten Bundeszuschüssen finanziert wird.

9. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten, welche für die Instandhaltung der Dahlemer Museen aufgrund des verzögerten Umzugs entstehen werden?

Aus welchen Mitteln werden diese aufgebracht?

Eine Einschätzung der Kosten ist derzeit noch nicht möglich. Hierzu ist die Bauverwaltung aufgefordert worden, eine entsprechende Unterlage inkl. Kostenschätzung zu erstellen. Zu der Frage der Etatisierung siehe Antwort zu Frage 8.

10. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bevölkerung in die Erarbeitung des Nutzungskonzeptes für das Humboldtforum stärker einzubeziehen, um die Akzeptanz für dieses Projekt in der Bevölkerung zu erhöhen?

Die Bundesregierung beabsichtigt, das inhaltliche Konzept für das Humboldtforum mit allen Beteiligten weiterzuentwickeln, in der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln und für eine Akzeptanz in allen Bevölkerungskreisen zu werben. Ein wichtiger Baustein wird mit der Humboldt-Box geschaffen, weil dort die Verbindung zum Ort und dem Baugeschehen erlebbar wird. Die Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum hat zudem eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Forum“ ins Leben gerufen, wo Themen rund um das Berliner Schloss mit breiter medialer Begleitung öffentlich diskutiert werden.

11. Plant die Bundesregierung, ein Gremium mit Vertretern aus Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik einzusetzen, um möglichst viele Bevölkerungsgruppen in die Erarbeitung des Nutzungskonzeptes für das Humboldtforum einzubinden?

Gemäß Satzung hat der Stiftungsrat der Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum ein Kuratorium berufen, das mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft besetzt ist. Das Kuratorium berät und unterstützt den Stiftungsrat und den Vorstand bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Für die inhaltliche Konzeption des Humboldtforums können Expertengremien zur Beratung hinzugezogen werden.

12. Wird die inhaltliche Ausgestaltung des Humboldtforums trotz des Baumatoriums fortgesetzt?

Wenn ja, an welcher Stelle, und mit welchen Mitteln?

Die Zeit bis zum Baubeginn wird intensiv zur Weiterentwicklung des Konzepts genutzt werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der künftigen Nutzer des Humboldtforums, vornehmlich der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die dafür erforderlichen Mittel werden zur Verfügung gestellt.

13. Wird der mit einem Sonderpreis geehrte Entwurf vom Architekturbüro Kuehn Malvezzi mit einer frei zugänglichen Agora in den Entwurf von Franco Stella integriert?

Der erste Preisträger Prof. Franco Stella setzt seine Planung auf Grundlage seines prämierten Wettbewerbsentwurfes um, der ebenfalls während der Öffnungszeiten frei zugängliche Bereiche innerhalb der Agora sowie zusätzlich eine öffentliche Durchwegung über eine Passage vorsieht.

14. Wann ist die Präsentation eines offiziellen Nutzungskonzeptes für das Berliner Schloss vorgesehen?

Das auf der Basis der Beschlüsse des Deutschen Bundestages entwickelte Nutzungskonzept für das Humboldtforum war bereits Bestandteil des öffentlich ausgeschriebenem Wettbewerbs. Darin ist festgelegt, dass die Staatlichen Museen zu Berlin mit ihrem Ethnologischen und dem Museum für Asiatische Kunst, die Zentral- und Landesbibliothek Berlin und die Humboldt Universität das Gebäude nutzen und dass eine Agora mit großen Veranstaltungsräumen, Multifunktionssälen, Sonderausstellungsbereichen, aber auch Gastronomie und Museum-

shops eine gemeinsame Plattform für den Dialog der Weltkulturen bietet. Im Zuge der Bauplanungen ist es bis zur Belegungsplanung (Verteilung der Funktionen auf die einzelnen Gebäude- und Raumbereiche im Detail) unter enger Mitwirkung der Nutzer präzisiert worden.

Davon unabhängig soll das inhaltliche Konzept für das Humboldtforum und insbesondere für die Agora in einem zeitlich offenen Prozess weiterentwickelt werden.

15. Welche Haltung hat die Bundesregierung gegenüber Vorschlägen, anstelle des Humboldtforums z. B. die Gemäldegalerie auf dem Schlossplatz unterzubringen?

Die Bundesregierung sieht keinen Anlass, von der geltenden Beschlusslage zur künftigen Nutzung des Humboldtforums Abstand zu nehmen.

16. Welche Mittel waren für die ersatzlos gestrichene, explizit für die inhaltliche Ausgestaltung eines Konzeptes für die Agora vorgesehene Stelle bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz eingeplant, und in welchem Ressort sind die dafür vorgesehenen Gelder eingespart worden?

Die Planungen für die Konkretisierung des Konzepts zur Ausgestaltung der Agora sind noch nicht abgeschlossen. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hatte Kontakte mit einer privaten Stiftung, die eine Bereitschaft hatte erkennen lassen, eine Referentenstelle befristet zu finanzieren. Hierzu werden weitere Gespräche geführt.

17. Welche Auswirkungen hat die Verschiebung der Realisierung des Humboldtforums auf die geplante Sanierung der Neuen Nationalgalerie bzw. die Entwicklungspläne des Kulturforums?

Die Verschiebung hat keine Auswirkungen auf die Planungen für die Sanierung der Neuen Nationalgalerie. Die Entwicklung des Kulturforums ist Angelegenheit des Landes Berlin.

18. Ist die Bundesregierung an der Errichtung und Bespielung der Humboldt-Box beteiligt?

Wenn ja, in welcher Höhe sind Mittel für die Humboldt-Box vorgehalten?

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb der Humboldt-Box erfolgen in Form einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) zwischen dem Land Berlin als Konzessionsgeber und einem privaten Konzessionsnehmer. Der Bund hat sich verpflichtet, Nutzungsrechte für Werbeflächen an Bauzaun und Baugerüst der Baumaßnahme Schloss/Humboldtforum zur Verfügung zu stellen. Da die Stiftung Preußischer Kulturbesitz als einer der künftigen Hauptnutzer des Humboldtforums für die Bespielung der Humboldt-Box rund 300 000 Euro jährlich bereitstellt, ist die Bundesregierung als Zuwendungsgeber (75 Prozent) des Betriebshaushaltes der Stiftung Preußischer Kulturbesitz an diesen Kosten mittelbar beteiligt.

